

Vom Scheitern der kybernetischen Utopie

Die Entwicklung von Überwachung und
Informationsverarbeitung im MfS





Analysen und Dokumente

Band 56

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für
die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Christian Booß

Vom Scheitern der kybernetischen Utopie

Die Entwicklung von Überwachung und
Informationsverarbeitung im MfS

Mit 33 Abbildungen und 5 Anlagen

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2021, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG,
Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung:

Arbeitsplatz Datenumsetzung in der MfS-Abt. XII (Erfassung von Karteikartendaten für die elektronische Datenverarbeitung); Bild aus einer MfS-Fotoserie für das Traditionskabinett der Abteilung XII/Zentralarchiv, etwa Mitte der 1980er-Jahre
Bildrechte: BStU (BStU, MfS, Abt. XII Fo 93, Bild 5)

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 2198-1108

ISBN 978-3-647-35212-1

Inhalt

Vorbemerkung.....	9
1. Einleitung.....	11
1.1 Forschungsthese und Fragestellungen.....	13
1.2 Zum Aufbau der Studie.....	15
2. Ein Blick in die damalige Praxis – die Kreisdienststelle Gransee des MfS.....	19
2.1 Die KDfS Gransee.....	19
2.1.1 Die Situation Ende der 1980er-Jahre.....	19
2.1.2 Die Entwicklung seit 1958.....	23
2.2 IM und zusätzliche MfS-Informationsquellen in den 1980er- Jahren.....	26
2.2.1 Schwerpunktsetzungen beim IM-Einsatz.....	31
2.2.2 Die IM-Verteilung in der Fläche.....	32
2.3 Überwachungsziele und Überwachungsalltag.....	34
2.3.1 Repression und Routinen.....	38
2.4 Die Kreisdienststellen als Symptom der Entwicklung und Probleme im MfS.....	39
2.4.1 Effizienzprobleme.....	40
2.4.2 Aufgabenzuwachs, Verregelung und Bürokratisierung... ..	42
2.4.3 Veränderter Informationsbedarf und Aufwertung der Auswertung.....	46
2.4.4 Die Verklärung von Krisensymptomen.....	47
3. Die Wurzeln der Sammlung, Speicherung und Aufbereitung von Informationen im MfS.....	51
3.1 Erste Akten und Karteien.....	52
3.1.1 Aktentypen.....	54
3.1.2 Karteien.....	58
3.2 Frühformen von Informationsnutzung und Informationsauf- bereitung.....	61
3.2.1 Die ersten Statistiken.....	61
3.2.2 Informationsaustausch im MfS.....	66
3.2.3 Das Meldesystem.....	71
3.2.4 Aktenaustausch.....	74

3.3	Zaghafte Versuche der Informationsauswertung im Zeichen des 17. Juni	76
3.3.1	Der Objektvorgang – geheimpolizeiliche Bürokratie	78
3.3.2	Der Objektvorgang als Begleiter der Umgestaltung auf dem Lande	81
3.3.3	Heimliche NS-Überprüfung in Händen des MfS – das NS-Archiv	84
3.4	Das Zerwürfnis zwischen Ulbricht und MfS-Chef Wollweber 1956/57	88
3.4.1	Der Konflikt und die Information der Partei	88
3.4.2	Die interne Neuausrichtung der MfS-Informationsarbeit	94
3.4.3	Defizite der Vorgangsbearbeitung und der Informanten	97
3.4.4	Veraltete Informationsarbeit im MfS	100
4.	Die kybernetische Idee von der systemsteuernden Information.	103
4.1	Die kybernetische Utopie.	105
4.1.1	Der Präventionsgedanke	107
4.1.2	Die Kybernetiker im MfS	112
4.1.3	Vorstufen des neuen Informations- und Auswertungssystems.	115
4.2	Das Kerblockkarteikarten-System des MfS.	116
4.2.1	Zur Informationstechnologie der Kerblockkarten und Kerblockkartei	116
4.2.2	Die KK – das Handwerk der Informationssammlung	121
4.2.3	Codierungstechnik und statistische Auswertung der KK	123
4.2.4	Bewertung von KK-Einsatz und Informationsverarbeitung in der Praxis	129
4.2.5	Überforderung der Informationsverarbeitung des MfS in den 1970er-Jahren.	135
5.	Die Entspannungspolitik, Reisekontakte und deren Folgen für das MfS	139
5.1	Der Ost-West-Reiseverkehr als Treibsatz für die Entwicklung des MfS	139
5.1.1	Der innerdeutsche Reiseverkehr und seine Kontrolle im Überblick	141
5.1.2	MfS-Kontrolle der Einreisen aus dem Westen.	146
5.2	Überprüfung von Dienstreisenden in den Westen – Aktion Leuchtturm	147
5.2.1	MfS-Sicherheitsüberprüfungen von Inlands- und Reisekadern	148
5.3	Anmerkungen zur Rolle des MfS bei Übersiedlungersuchen.	150

5.4	Auswirkungen der Ost-West-Kontakte auf Struktur und Aufgaben des MfS.	152
6.	Informationsverarbeitung zwischen Systematisierung und Massenüberprüfungen.	155
6.1	Überforderung der Informationsverarbeitung Anfang der 1970er-Jahre	155
6.2	Erfolgreiche Improvisation – der VSH-Komplex	157
6.2.1	Formalien und Grundfunktion der VSH-Kartei	159
6.2.2	Datenintegration und Informationsfluss.	160
6.2.3	Karteigestützte Personen-Schnellprüfungen	162
6.2.4	Die niedrigschwellige Erfassung in der VSH.	164
6.2.5	Quantitative Aspekte des VSH-Komplexes	165
6.3	Differenzierung der Prüfmechanismen im MfS.	168
6.3.1	Mängel der VSH in der Praxis.	171
6.3.2	Grenzen des VSH-Komplexes	175
7.	Vorgangsmo- dernisierung zwischen kybernetischem Ansatz und Zwängen der Massenüberprüfungen.	177
7.1	Zielstellungen der Vorgangsmo- dernisierung	177
7.1.1	Das Schwerpunktprinzip.	179
7.1.2	Differenzierung der Feindbilder.	180
7.2	Die modernisierten Vorgänge.	182
7.2.1	Die Planungsrichtlinie	182
7.2.2	Die Operative Personenkontrolle	185
7.2.3	Der Sicherungsvorgang	188
7.2.4	Die Sicherheitsüberprüfung.	192
7.2.5	Der Operative Vorgang	196
7.2.6	Die IM-Richtlinien.	199
7.3	Kybernetisch verflochtene Vorgänge.	205
8.	Von der indexierten Einzelinformation zur EDV-Umsetzung.	207
8.1	Die Dienstanweisung Nr. 1/80 zur Informationsverarbeitung als Neuerung	207
8.1.1	Der Rahmenkatalog zur Datenindexierung	209
8.1.2	SLK-Komplex als Lückenfüller	211
8.1.3	Einsatzbeispiele und partielles Scheitern der SLK	215
8.1.4	Modernisierungsimpulse der SLK- Informationsauf- bereitung	218
8.2	Planspiele und Anfänge der EDV im MfS.	220
8.2.1	Überzogene Erwartungen und verzögerter EDV-Einstieg	221
8.2.2	Beginn mit Insellösungen und solitären Datenbanken. .	224

8.3	Die elektronische zentrale Personenkartei SAVO	226
8.4	Die Zentrale Personendatenbank ZPDB	232
8.4.1	Herausforderungen bei der Projektumsetzung	233
8.4.2	Anlauf- und Akzeptanzprobleme	235
8.4.3	Ausbau und Leistungsstand 1988/89	239
8.4.4	Die spezifische Erfassungsart »V«	241
8.4.5	Zur inhaltlichen Ausrichtung der Personendatenbank.	244
8.5	Negative Erfahrung mit der SOUD-Datenbank der kommunistischen Bruderorgane.	247
9.	Datenzusammenführung in elektronischen Rechnern und externe Datenbankzugriffe.	251
9.1	Zentrale Großrechenanlagen im MfS	252
9.1.1	Verteilung von Großrechenanlagen über das MfS	254
9.1.2	Großrechner und EDV in der HA III.	255
9.1.3	EDV in den Abteilungen M und 26.	261
9.2	Dezentrale Lösungen mit Personal- und Bürocomputern.	262
9.2.1	Dezentrale Datenbankanwendungen	266
9.3	Zur Auflösung und Vernichtung der EDV des MfS.	269
9.3.1	Vernichtung von Datenträgern der HA III	269
9.3.2	Vernichtung weiterer Datenträger des MfS	272
9.4	Nutzung von Datenbanken außerhalb des MfS.	279
9.4.1	Die Personendatenbank des Ministeriums des Innern	280
9.4.2	Informationsspeicher anderer Institutionen	285
9.5	Auf dem Weg zum großen Bruder?.	289
10.	Strukturelle und resümierende Überlegungen	291
10.1	Informationsziele	292
10.2	Informationsbeschaffung: die Quellen	308
10.3	Informationsverarbeitung	319
10.4	Informationsnutzung.	325
10.5	Zusammenhang von Informationsverarbeitung und Überwachung.	334
Anhang.	343
	Verzeichnis der Abbildungen	344
	Abkürzungen	347
	Literaturverzeichnis	355
	Archivquellenverzeichnis	368
	Dokumentenanlage	372
	Verzeichnis der Dokumentenanlagen.	373

Vorbemerkung

Die Frage, ob die Sammlung von Daten durch Sicherheitsbehörden zu mehr Sicherheit führt, ist seit geraumer Zeit ein wichtiges Thema der bundesdeutschen Innenpolitik. Befeuert wurde die Debatte nicht zuletzt durch Whistleblower wie Edward Snowden, der 2013 Insiderwissen über die elektronische Informationsbeschaffung insbesondere US-amerikanischer Geheimdienste veröffentlichte. Die technischen Fähigkeiten der Nachrichtendienste und der Polizei, massenhaft Daten zu gewinnen, haben sich seit dem Zusammenbruch des von Moskau dominierten kommunistischen Systems und damit auch der Stasi vervielfacht. Die elektronische Kommunikation liefert heute Massendaten, die grundsätzlich zugriffsfähig sind und automatisiert ausgewertet werden können. Trotz anderer technologischer Voraussetzungen und bestehender Unterschiede gegenüber dem vormaligen kommunistischen Überwachungssystem stellt sich die Frage nach strukturellen Ähnlichkeiten. Insofern kann die vorgelegte Studie vielleicht Anregungen über die historische Analyse der Geheimpolizei des SED-Staates hinaus liefern. Ohne zu ignorieren, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die öffentliche und halböffentliche Kontrolle und die Ziele von Geheimdiensten in Demokratien und Diktaturen unterschiedlicher Natur sind, gibt es auch vergleichbare Probleme: Datensammlungen bedeuten Kontrolle über Menschen und schränken deren Freiheit ein. Zudem beschreibt die bekannte Metapher von der Nadel im Heuhaufen ein grundsätzliches Dilemma der Informationsverarbeitung. Der zahlenmäßige Zugewinn an Informationen macht es schwieriger, diese zielführend auszuwerten, ja Daten überhaupt aufzufinden und deren Wichtigkeit festzustellen. Schließlich wirft die inflationäre Informationsbeschaffung die Frage auf, ob ein Mehr an Informationen zwangsläufig zu einem Mehr an zielorientierten Erkenntnissen führt. Auf jeden Fall gibt es einen Zusammenhang zwischen polizeilicher und geheimdienstlicher Informationsverarbeitung und der Diskussion über Freiheitsspielräume, Kontrolle, Sicherheit und Überwachung. Beide Komplexe sind, wenn auch widerstreitend, als komplementär anzusehen.

Zwei Meldungen aus jüngerer Zeit verdeutlichen das Problem. Am 19. Dezember 2016 fuhr ein Lkw in die Besuchermenge eines Weihnachtsmarktes mitten in Berlin und tötete 12 Menschen. Der Fahrer, der 23 Jahre alte Anis Amri war bekennender Islamist. »Den deutschen Sicherheitsbehörden war Anis Amri schon vor seiner Todesfahrt bestens bekannt. Hätten sie den Anschlag verhindern können?«¹ Das fragten bald nicht nur Berliner Medien. Verschiedene Sicherheitsbehörden verfügten nämlich über Hinweise, dass Amri ein islamistischer

1 Die unfassbare Geschichte des Scheiterns im Fall Amri. Berliner Morgenpost v. 18.4.2017.

Gefährder gewesen sein könnte. Eine zweieinhalbmonatige Überwachung wurde einige Monate vor dem Anschlag eingestellt, weil die Berliner Behörden in ihm inzwischen einen Kleindealer sahen, von dem keine unmittelbare Gefahr ausginge. Nach den Recherchen des Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) und der »Berliner Morgenpost« eine fatale Fehleinschätzung.

Während im Fall Amri, wie schon bei anderen Anschlägen, erhebliches Vorwissen der Sicherheitsbehörden nicht in präventive Maßnahmen mündete, führte bei dem G-20-Gipfel in Hamburg ein Zuviel an Wissen zu falschen Entscheidungen und faktischen Eingriffen in die Pressefreiheit. Über 30 Journalisten wurde während des G-20-Gipfels kurzfristig die Akkreditierung entzogen. Die Sicherheitseinschätzungen der Behörden basierten auf zweifelhaften Angaben von Partnerdiensten, Fehleintragungen und längst widerlegten Verdachtsmomenten aus Verbunddateien. Diese waren teilweise wegen fehlender Rechtsgrundlage der Speicherung rechts- und verfassungswidrig angelegt und weitergenutzt worden.

Abgesehen von handwerklichen Schlampigkeiten wird im zweiten Fall deutlich, dass die mangelhafte Kontrolle der Datensammlung zu Freiheitsbeschränkungen und sogar zu fehlerhaften Einschätzungen führen kann. Dagegen zeigt das erste Beispiel, dass die Anhäufung von Informationen keine Gewähr für zutreffende Prognosen bietet. Den Ruf, die Überwachung nach derartigen Pannen zu perfektionieren, kontern daher Datenschützer. Sie befürchten, trügerische Hoffnungen auf mehr Sicherheit könnten zulasten der Bürgerfreiheiten gehen.² Auch das Beispiel DDR wird dazu herangezogen.³ Die Geschichte der Informationsverarbeitung des MfS scheint ein Lehrstück dafür, dass die Sammlung von immer mehr Informationen keineswegs das angestrebte Sicherheitsziel garantiert, in diesem Fall die Stabilität der DDR unter Führung der SED. Allerdings dürfen die Parallelen auch nicht überdehnt werden. Eine ideologisierte Diktatur ist per se anfällig für verzerrte Wahrnehmungen. Zumal wenn sie behauptet, die Interessen einer Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten, die sie durch ihr politisches System längst entmündigt hat.

2 Schaar: Trügerische Sicherheit, S. 7 ff.

3 Schaar: Lehren aus der Stasi-Überwachung.

1. Einleitung

Die zentrale Aufgabe eines jeden Geheimdienstes besteht in der Nachrichten- und Informationsbeschaffung, in Verarbeitung und Zurichtung dieser Informationen. Diese generalisierbare Aussage trifft systemübergreifend auf alle Geheimdienste zu, gleich wie sie beschaffen sind, gleich in wessen Diensten sie stehen. Sie gilt für Geheimdienste in Demokratien, in Monarchien und in Diktaturen. Jenseits der Informationsbeschaffung beginnen die Unterschiede. Von Belang ist, ob ein Geheimdienst lediglich Informationen beschafft und der Politik zur Verfügung stellt oder ein solcher Dienst zusätzlich über exekutive Befugnisse verfügt oder Personen beispielsweise erpressen, festnehmen, entführen, foltern, der Anklage zuführen oder sogar töten kann. Offenkundig markieren rechtsstaatliche Grenzen und Kontrollen die unterschiedlichen Typen. Der Geheimdienst oder die Geheimpolizei einer Diktatur beschafft zudem spezifisches Wissen zur Herrschaftsabsicherung einer Gruppe oder Elite, in der Regel einer kleinen Clique, und trägt zur Unterdrückung der Bevölkerungsmehrheit im Interesse dieser Herrschenden bei. Das ändert aber nichts daran, dass die zentralen Aufgaben einer Geheimpolizei in der Informationsbeschaffung, Informationsverarbeitung und bei der Politikberatung liegen.

Mit Blickrichtung auf das MfS ist es daher verwunderlich, dass dieser zentrale Punkt bislang nicht tiefgehend untersucht wurde. Insofern wird mit dieser Studie der Versuch unternommen, eine entsprechende Forschungslücke zu schließen. Bei der Annäherung an das Thema wurde schnell deutlich, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Überwachungsfunktionen und Informationsverarbeitung besteht. Der Grad der Durchdringung einer Gesellschaft durch einen Geheimdienst hängt von seinen Überwachungszielen ab, der Zahl und Qualität seiner Quellen und der Fähigkeit, die gewonnenen Informationen zu bearbeiten und zu nutzen. Es ist also von einer unmittelbaren Beziehung zwischen Überwachungsmächtigkeit und Informationsverarbeitung auszugehen. Diesem Zusammenhang wurde hier nachgegangen.

Die zentrale Fragestellung dieser Studie ist die nach der Wirkung kybernetisch beeinflussten Gedankengutes auf Informationsbeschaffung und Informationsverarbeitung im MfS. Die Ausprägung und der Ausbau der Informationstätigkeit im MfS fielen zeitlich mit Bestrebungen zur Verwissenschaftlichung von Prozessen der Leitung und Planung in der DDR zusammen. Den entscheidenden Schub sollte die Informationsverarbeitung im MfS durch eine neue Generation von Auswertern erhalten, die durch die Kybernetik geprägt waren. Ihr Einfluss führte zu einem reflektierten Umgang mit allen Informationsfragen. Die Vision dieser Kybernetiker, den MfS-Apparat und das sozialistische System mittels geheimdienstlicher Informationen besser steuern zu können, blieb bis zum Ende des MfS

prägend und führte zum Buchtitel von der kybernetischen Utopie. Wichtig für die Untersuchung war auch die Annahme, dass es zu Widersprüchen zwischen Informationstheorien und dem wachsenden Kontrollanspruch des MfS im Kalten Krieg kommen konnte. Hier sollte sich zeigen, dass das Informationsverarbeitungssystem der Kybernetiker nicht erst in der finalen Krise der DDR aufgrund des sich parallel zur Entspannungspolitik herausbildenden Kontrollwahns des MfS oft überfordert war und immer wieder an seine Grenze stieß. Insofern darf vom Ende her der geheimpolizeiliche Ansatz, durch ein Mehr an Informationen über immer mehr Personen Gewissheiten zu erlangen, als gescheitert angesehen werden.

Ein weiterer Gegenstand der Untersuchung waren Ursprung und Beschaffung von Informationen des MfS. Gewöhnlich wird bei Geheimdiensten die Auswertung von der (Nachrichten-)Beschaffung unterschieden und auch organisatorisch sind beide Bereiche meist getrennt. Unter Beschaffung versteht man »das gezielte Herbeischaffen von Informationen«. ¹ Im populären Verständnis, in Agentenfilmen präsentiert, stehen geheim arbeitende menschliche Quellen im Vordergrund der geheimdienstlichen Informationsgewinnung. Auch in der MfS-Rezeption rückte nach der Öffnung der Stasi-Akten in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem der Spitzel, der inoffizielle Mitarbeiter (IM), als Hauptquelle in den Mittelpunkt. ² Demgegenüber gilt es in der Geheimdienstforschung als ausgemacht, dass eine Nachrichtenbeschaffung »nicht notwendig« ³ unter Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel erfolgt. Expertenschätzungen gehen beispielsweise für den Bundesnachrichtendienst (BND) davon aus, dass dessen Informationsaufkommen Anfang der 1970er-Jahre zu je einem Viertel aus offenen Quellen (wie Massenmedien) oder Berichten diplomatischer Vertretungen stammte. Weitere 30 Prozent bildeten Berichte der Militärattachés und nur 20 Prozent stammten aus der eigentlichen nachrichtendienstlichen Beschaffung des BND. Die Agenten-, Foto- und Gesprächsaufklärung hatten zumindest statistisch gesehen nur eine »ergänzende Funktion«. ⁴

Die Aufgabe der Auswertung eines Nachrichtendienstes besteht darin, die beschafften Informationen zu sichern, zu analysieren und zusammenzufassen. Dadurch soll ein möglichst genaues Lagebild entstehen und der Nachrichtendienst in die Lage versetzt werden, über Personen, Fakten, Vorgänge und Entwicklungen Auskunft zu erteilen und Prognosen über Künftiges und Empfehlungen für Reaktionsmöglichkeiten geben zu können. Zuvor werden die eingehenden Informationen auf Plausibilität und Wahrheitsgehalt überprüft, in der Fachsprache

1 Roewer; Schäfer; Uhl: Lexikon der Geheimdienste. Stichwort: Auswertung, S. 40.

2 Vgl. die MfS-Definition im populärwissenschaftlichen Wikipedia. https://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium_f%C3%BCr_Staatssicherheit (letzter Zugriff: 30.6.2020).

3 Roewer; Schäfer; Uhl: Lexikon der Geheimdienste. Stichwort: Beschaffen, S. 59.

4 Schmidt-Eenboom: Schnüffler ohne Nase, S. 277. Von ähnlichen Dimensionen geht auch Hartwig aus und setzt einen Anteil von 32,6 % aus operativen Quellen an der Gesamtheit der Beschaffung des BND über die DDR nach dem Mauerbau an. Vgl. Hartwig: Die Erkenntnisse des Bundesnachrichtendienstes, S. 77.

der Dienste werden Informationen in einem solchen Prozess »verifiziert«.⁵ Wenn die Auswertung einen Kernbereich geheimpolizeilicher Tätigkeit bildet, kann die Informationsauswertung nicht losgelöst von den Zwecken und Vorgaben betrachtet werden, denen ein Geheimdienst insgesamt folgt. Im MfS wurde diese Beziehung unter dem Begriff »Informationsbedarf« abgehandelt. Die Auswertung ist unmittelbar von den beschafften aufgelaufenen Informationen abhängig. Insofern ist die Entwicklung der Auswertung eingebettet in die geheimdienstpolitischen und institutionellen Rahmenbedingungen zu betrachten. Zu fragen ist auch danach, in welchem Maße die im Apparat vorhandenen Informationen für die jeweiligen Auswertungszwecke nutzbar gemacht werden konnten. Insgesamt waren bei der Analyse der Informationsverarbeitung im MfS also auch angrenzende Themen zu berücksichtigen. Das erstreckte sich insbesondere auf:

- Informationsziele, Informationsbedarf,
- Informationsbeschaffung,
- Speicherung, Mobilisierung, Verifizierung sowie Verteilung von Informationen,
- Informationsverwertung und Politikberatung.

Diese Punkte werden nach der Chronologie in den resümierenden Überlegungen noch einmal systematisch aufgegriffen.

1.1 Forschungsthesen und Fragestellungen

Bei der Betrachtung des Informationsbedarfs waren die Zwecke zu berücksichtigen, denen das »Schild und Schwert« der SED diene. In den herkömmlichen Kurzbeschreibungen werden als Hauptziele des MfS immer wieder Kontrolle und Überwachung der Bevölkerung, insbesondere von oppositionellen Bestrebungen, im Interesse der herrschenden SED betont. Vor allem ehemalige MfS-Verantwortliche stellten heraus, dass der Gesamtapparat dem gegenüber andere Schwerpunkte gesetzt hätte.⁶ Das wurde zuweilen als bloße Verharmlosung abgetan. Nicht befriedigend berücksichtigt wurden in diesem Zusammenhang insbesondere das Problem der Ressourcenverteilung im MfS und die daraus ableitbaren schwerpunktmäßigen Zielsetzungen. Gängig ist die These von der »flächendeckenden Überwachung«⁷, die geradezu als Spezifikum des MfS angesehen wird. Der Begriff wird inflationär benutzt und reflektiert zu wenig, ob und inwieweit gerade das Informationsgewinnungspotenzial und die Informationsverarbeitung überhaupt in der Lage gewesen wären, eine solche flächendeckende Überwachung zu gewährleisten.

5 Roewer; Schäfer; Uhl: Lexikon der Geheimdienste. Stichwort: Auswertung, S. 40.

6 So beispielsweise Grimmer: Die Sicherheit.

7 Fricke: MfS intern, S. 39.

Auffällig ist, wie intensiv in der MfS-Forschung immer wieder auf die inoffiziellen Mitarbeiter (IM) als Quelle von Informationen fokussiert wurde, während andere Beschaffungsformen eher wenig thematisiert in den Hintergrund treten. Zwar wurden in letzter Zeit Fragen nach Qualität und Differenziertheit der IM und der sehr unterschiedlichen IM-Durchdringung der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche aufgeworfen.⁸ Aber auch mit diesen modifizierten Fragestellungen wird allenfalls das Terrain der inoffiziellen Mitarbeiter besser ausgeleuchtet, dieses aber nicht verlassen oder ergänzt. Allenfalls an der Postkontrolle der Staatssicherheit war ein größeres, vorrangig an deren Organisation orientiertes Interesse zu verzeichnen.⁹ Eine gewisse Berücksichtigung fanden in Veröffentlichungen auch die Telefonüberwachung und die Funkaufklärung.¹⁰ Doch stand hier die Entwicklung der jeweiligen Apparate im Vordergrund, andererseits spielte das Skandalpotenzial abgehörter Gespräche von prominenten Politikern in der Bundesrepublik eine Rolle.¹¹ In jüngerer Zeit wurde auch dem Zusammenhang von Opposition und Telekommunikationsüberwachung nachgegangen und schlug sich in einer Publikation nieder.¹²

Das Herzstück nachrichtendienstlicher Tätigkeit, die Auswertung, stieß in den bisherigen Forschungen zum MfS jedoch auf relativ wenig Aufmerksamkeit und Resonanz. Eine verdienstvolle Darstellung beschreibt die organisatorische und die institutionelle Entwicklung der Auswertung vor allem auf der zentralen, ministeriellen Ebene der Staatssicherheit.¹³ Hier wird sichtbar gemacht, dass sich die Auswertung in Etappen veränderte. Weitgehend unberücksichtigt blieben die jeweiligen Anstöße zur Weiterentwicklung der Auswertung sowie die daraus resultierenden Probleme und zu verzeichnenden Ergebnisse. Diese Lücke soll durch die vorliegende Arbeit weitgehend geschlossen werden.

Es soll nicht unberücksichtigt bleiben, dass einzelne Aspekte der Informationsverarbeitung und Informationsspeicherung der Staatssicherheit sich in einer kleinen Anzahl von Publikationen niederschlugen. So zogen die elektronischen Datenbanken der Auslandsspionage ein gewisses Interesse auf sich.¹⁴ Auch der zentrale Archivbereich wurde, wenn auch stark auf dessen Leitungspersonal ausgerichtet, dargestellt

8 Kowalczyk: Stasi konkret, vgl. u. a. S. 158 ff, 209 ff.; Gieseke: Mielke-Konzern, S. 148 ff.

9 Dazu publizierten aus unterschiedlichem Blickwinkel beispielsweise Hellström: Die Postkontrolle der Staatssicherheit; Reinicke: Öffnen, Auswerten, Schließen sowie Kallinich; Pasquale: Ein offenes Geheimnis.

10 Jeweils mit dem Schwerpunkt auf der institutionell-strukturellen Entwicklung der MfS-Dienstleistungen vgl. Schmolze: Abteilung 26; Schmidt: Hauptabteilung III.

11 Der sogenannte »Aktentreit« um die MfS-Akten zum Altkanzler Helmut Kohl hatte seinen Ursprung in der Kontroverse, ob man die MfS-Abhörprotokolle einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Verfügung stellen könne.

12 Kowalczyk; Polzin: Fasse Dich kurz!

13 Engelman; Joestel: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe.

14 Müller-Enbergs: Rosenholz.

und als »Gedächtnis des MfS« überhöht.¹⁵ Im Zusammenhang mit der Bestimmung von Archivlagen wurde auch manch Handwerkszeug der Auswertung in Form von Karteien und Ablagen beschrieben.¹⁶ Eine besondere Publikationsreihe widmet sich den Informationen, die das MfS an führende Partei- und Staatsfunktionäre abgab und die oft verkürzt als Partei-Informationen bezeichnet werden.¹⁷ Die Veröffentlichung beschränkt sich allerdings auf die Dokumente, die der Unterrichtung der zentralen Ebene der DDR dienen. Das warf nicht zuletzt die Frage danach auf, inwieweit das MfS die Funktion einer Ersatzöffentlichkeit einnahm.¹⁸

1.2 Zum Aufbau der Studie

Zunächst wird die Entwicklung der Informationsverarbeitung chronologisch abgehandelt. Deren Etappen sind stark von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. Der Phase, die durch die sowjetischen Instrukteure beeinflusst ist, folgt im Zeichen der Entstalinisierung die erste kybernetisch geprägte Modernisierung, parallel zum Aufbau des Sozialismus hinter der Mauer und den ersten Anzeichen der Entspannungspolitik. Parallel zu den Folgen der deutsch-deutschen Vertragspolitik kommt es zu einem enormen Aufwuchs der Informationsbeschaffung und Informationsverarbeitung, während die letzte Phase der EDV-Einführung schon im Kontext der ökonomisch und politisch finalen Krise der DDR steht.

Im Rahmen der resümierenden Überlegungen soll den Unterthemen der Informationsverarbeitung, ihren Zielen, Quellen, Methoden, ihrer Nutzung und der Frage der Überwachungsmächtigkeit systematisch nachgegangen werden.

Um die grundlegenden internen Prozesse im MfS zu analysieren und zu veranschaulichen, wird zunächst die Kreisdienststelle Gransee des MfS behandelt. Weil hier schon allgemeinere Forschungen vorlagen, konnte die Entwicklung der Auswertung in den entsprechenden Kontext gestellt werden.¹⁹ An dieser Kreisdienststelle zeichnen sich Entwicklungstendenzen und Probleme ab, die für das MfS insgesamt charakteristisch sind. Es wird verdeutlicht, wie sehr sich die Arbeitsweise des MfS in den 1980er-Jahren von der der Gründungszeit unterschied. Damit wird auch auf das Problem hingewiesen, dass Forschung Gefahr läuft, Veränderungen und Modernisierung des MfS zu unterschätzen, wenn sie ahistorisch Erkenntnisse aus einer Epoche verallgemeinert.

15 Jedlitschka; Springer: Das Gedächtnis der Staatssicherheit.

16 Engelmann: Wert der MfS-Akten, S. 243–296.

17 Die Informationen der Staatssicherheit an die zentrale Partei- und Staatsführung ediert die Abt. Forschung beim BStU derzeit jahrgangsweise. Vgl. Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Zur Thematik und zu einer allgemeinen Reflektion dieser Berichte vgl. auch Münkel; Bispinck: Dem Volk auf der Spur.

18 Joestel: Die zentralen »Parteiinformationen«, S. 129–156.

19 Bruce: The Firm.

Noch deutlicher als in bisherigen Arbeiten beschrieben²⁰ kristallisierte sich seit der Mitte der 1970er-Jahre ein Trend zu Massenüberprüfungen heraus, der nicht nur DDR-Bürger betraf. Anstoß waren die deutsch-deutschen Verträge, die gerade beim MfS höchst ambivalente Folgen zeitigten. Parallel zu einer tendenziellen Öffnung der DDR wucherte der Überwachungsapparat. Daher wurde den Auswirkungen der neuen Ost-West-Beziehungen auf das sicherheitspolitische Denken und die Praxis des MfS in dieser Studie ein eigenes Unterkapitel gewidmet und die Auswertung dabei besonders berücksichtigt.

In der Phase nach der Gründung des MfS wurde neben der Entwicklung des Kartei- und Vorgangssystems berücksichtigt, wie stark die Arbeit des MfS noch von der Kontrolle der teilweise NS-verstrickten Bevölkerung geprägt war. Das ging so weit, dass das MfS ganze Belegschaften, ganze ländliche Regionen überprüfte. Unter dem kybernetischen Einfluss wurden die Beurteilungs- und Analysemethoden gegenüber den Zeiten, als die sowjetischen Methoden auf das MfS übertragen worden waren, verfeinert. Massenüberprüfungen, die den Folgen der Entspannungspolitik entgegenwirken sollten, rieben sich mit dem Ziel einer gleichmäßigen Weiterentwicklung der Informationsverarbeitung, zwangen zu Improvisationen und Umplanungen und führten das MfS mehrfach an seine Leistungsgrenzen.

Die letzte Etappe der Informationsverarbeitung im MfS stand ganz im Zeichen der EDV. Verzögerungen bei ihrer Einführung und die Datensicherheitsphilosophie des MfS führten dazu, dass parallel zur EDV die Datenverarbeitung in Papierform weiter betrieben und entwickelt wurde. Da viele elektronische Datenträger vernichtet sind, lässt die heute dominierende papierene Überlieferung das MfS altmodischer erscheinen als es gegen Ende 1989 in Wirklichkeit war.

Die Analyse der Informationsverarbeitung und insbesondere deren Schwerpunktsetzungen führten zu der grundsätzlichen Frage, ob die Tätigkeit des MfS in der Vergangenheit immer präzise und umfassend genug charakterisiert wurde. Der offen repressive Teil des MfS gegen Andersdenkende ist zweifelsohne wichtig, um die Geheimpolizei, das politische System der DDR insgesamt zu charakterisieren. Die Geltung universaler Freiheitsrechte beziehungsweise deren Beschränkung durch staatliche Eingriffe sind ein Kriterium bei der Bildung von Herrschaftstypologien, wenn auch nicht das einzige. Doch es muss irritieren, dass der Arbeitsbereich zur Bekämpfung der Opposition, auch in der Kultur und den Kirchen keineswegs zu den größten im MfS gehörte. Es stellt sich zudem die Frage, warum das MfS auf anderen gesellschaftlichen Feldern, beispielsweise der Wirtschaft, derart aktiv war. Die Wirtschaft stellt in westlichen Gesellschaften, abgesehen von Industriespionage und Abwehrfragen,²¹ ein deutlich geringeres Betätigungsfeld für Geheimdienste dar. Auch griff das MfS in Staat und Wirtschaft erheblich stärker ein, als das für den Zweck der klassischen Abwehr-

20 Süß: Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt.

21 Vgl. Initiative Wirtschaftsschutz.

aufgaben erforderlich gewesen wäre. Angesichts des immensen Aufwandes, den das MfS in manchen Bereichen jenseits der Bekämpfung von Andersdenkenden betrieb, erscheint es sinnvoll, diese Tatsache stärker bei der Charakterisierung des MfS zu berücksichtigen. Schließlich wird der Versuch unternommen, aus der Informationsverarbeitung Rückschlüsse auf die Überwachung der DDR-Gesellschaft durch das MfS zu ziehen. Statt des Modells von der flächendeckenden Überwachung scheint dabei das Bild vom Schleppnetz zutreffender.

2. Ein Blick in die damalige Praxis – die Kreisdienststelle Gransee des MfS

2.1 Die KDfS Gransee

2.1.1 Die Situation Ende der 1980er-Jahre¹

Im Sommer 1989 wandte sich der Chef der Bezirksverwaltung Potsdam der Staatssicherheit an das »erprobte Partei- und Kampfkollektiv«² seiner Kreisdienststelle in Gransee. Damals ahnte auf dem flachen Lande nördlich von Berlin noch niemand, dass es mit der Staatssicherheit in drei Monaten vorbei sein könnte. In gewohnter Manier stielte ein hoher Leiter der DDR-Geheimpolizei seine Untergebenen ideologisch ein, um sie für die tägliche Arbeit zu motivieren. Ein Hauch von großer weiter Welt schien die Kreisdienststelle zu durchwehen, als Generalmajor Helmut Schickart³ die geheimpolizeiliche Großwetterlage martialisch aufblähte. Die NATO, die KSZE und der US-amerikanische Präsident Bush persönlich schienen sich gegen den ländlichen Kreis verschworen zu haben, denn angeblich zielten sie darauf ab, »die Völker der sozialistischen Staaten in das kapitalistische Wertesystem zurückzuzerren«⁴. Der Leiter aus der Bezirksstadt Potsdam schien die Angriffspunkte des Feindes klar erkannt zu haben. Im politischen Untergrund, in der Ökonomie, bei der Spionageabwehr und bei Angriffen auf die Staatsgrenze der DDR sah er daher die Herausforderungen für die staatliche Sicherheit im Kreis Gransee. Ob den einen oder anderen Zuhörer Zweifel beschlichen, dass die beispielsweise aufgeführten Mängel in der Betriebsführung und Produktion des Futtermischwerkes Fürstenberg und die daraus folgenden Schäden in Tierzuchtbetrieben nun wirklich Folge einer NATO-Strategie waren, ist nicht überliefert.⁵ Widerworte sind nicht bekannt, denn in der Kreisdienststelle schien Ende der 1980er-Jahre noch alles wohlgeordnet. Derartige Vorträge des MfS-Führungspersonals zählten zu den festen Ritualen.

1 Der nachfolgende Text ist in Teilen bereits publiziert worden in: Heidemeyer, Helge (Hg.): »Akten-Einsichten«. Beiträge zum historischen Ort der Staatssicherheit. Berlin 2016 (BStU. BF informiert; 36), S. 134–151.

2 BV Pdm/Ltr.: Referat Leiter BV in der KD Gransee, 30.8.1989; BStU, MfS, BVfS Potsdam, AKG Nr. 1054, Bl. 345–378, hier 377 f.

3 Gieseke: Wer war wer, S. 65.

4 BV Pdm/Ltr.: Referat Leiter BV in der KD Gransee, 30.8.1989; BStU, MfS, BVfS Potsdam, AKG Nr. 1054, Bl. 345–378, hier 354.

5 Ebenda, Bl. 368 ff.

Die Kreisdienststelle Gransee war 1989 mit dem Leitungsbereich, vier Referaten und dem Wachschutz klar strukturiert. Der KDfS-Leiter, OSL Hans-Jürgen Töpfer, konnte sich auf einen Stellvertreter, vier Referatsleiter und 16 IM-führende Mitarbeiter, das heißt konkret geheimpolizeilich arbeitendes Personal, stützen. Dieser Stamm wurde von Schreibkräften, Kraftfahrern, Wachpersonal und anderen dienstbaren Größen unterstützt. Insgesamt verfügte die Dienststelle über Planstellen für 38 Mitarbeiter.⁶ Neben einem Referat mit sechs Mitarbeitern, das sich vorwiegend mit der Außensicherung militärischer Objekte, mit der Spionageabwehr und der Sicherung der Polizei beschäftigte, gab es ein weiteres Referat mit sechs Mitarbeitern, das seinen Schwerpunkt in der Überwachung von Wirtschaft, Landwirtschaft, des grenzüberschreitenden Verkehrs und in der allgemeinen Personenüberprüfung hatte.⁷ Das dritte Referat war mit vier Mitarbeitern zur Sicherung der lokalen Einrichtungen des Staates, von Kultur und Kirche sowie der Bekämpfung staatsfeindlicher Bestrebungen befasst.⁸ Hinzu kam ein vier Köpfe umfassendes Referat für Auswertung und Information. Die Mitarbeiter dieser vier Referate waren für die komplette Überwachung eines Kreises vorgesehen, der im Jahr 1989 immerhin 43 495 Einwohner⁹ zählte. In den 1980er-Jahren war etwa ein Drittel der Mitarbeiter schon länger als zehn Jahre in der Dienststelle tätig und verfügte über entsprechende regionale Kenntnisse. Es standen eine Reihe altersbedingter Wechsel an, aber es war offenbar nicht leicht, geeignetes Personal zu finden.¹⁰

Um ihre Aufgaben bewältigen zu können, verfügte die KDfS über Zuträger. Vor allem die 120 inoffiziellen Mitarbeiter (IM) wurden als wertvolle Quellen angesehen. Für abgeschirmte Treffen mit den IM standen den hauptamtlichen Führungsoffizieren 45 konspirative Wohnungen (KW) zur Verfügung.¹¹ Allein die IM lieferten im Jahr 1988 beachtliche 1 068 relevante Informationen.¹² Diese Informationen wurden in schriftlicher Form an die Auswerter-Gruppe

6 Laut einer Eigenberechnung nach Gehaltslisten aus dem MfS-Finanzprojekt waren es 36 Mitarbeiter. Kopie im Privatbesitz des Autors. Angaben sonst nach: BV Pdm/Leiter: Stellenplannachweis der BV Potsdam, Kreisdienststelle Gransee, 27.6.1989; BStU, MfS, BVfS Potsdam Nr. 10233, Bl. 485–490.

7 BV Pdm/AKG: Ausgewählte Ergebnisse der durchgeführten Konsultationen und Untersuchungen zum Stand und zur Wirksamkeit der politisch-operativen Sicherung des VEB-Mikroelektronik ‚Bruno Baum‘ Zehdenick durch die KD Gransee, 26.5.1988; BStU, MfS, BVfS Potsdam, AKG Nr. 562, Bl. 76–81, hier 78.

8 BV Pdm/AKG: Untersuchungen in den Sicherungsbereichen Staatsapparat, Justiz, Gesundheitswesen und Volksbildung in der KD Gransee, 31.8.1988; BStU, MfS, BVfS Potsdam, Abt. XX Nr. 781, Bl. 1–12.

9 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, S. 6.

10 BV Pdm/AKG: Informationsbedarf zu ausgewählten Fragen der IM-Arbeit, 1988; BStU, MfS, BVfS Potsdam, AKG Nr. 1054, Bl. 205–217, hier 214.

11 Ebenda, Bl. 205.

12 Ebenda, Bl. 206.

weitergereicht und dort bearbeitet, nach dem Zuständigkeitsprinzip weitergeleitet oder in Karteien und Akten einfügt. Zu 22 500 Personen, rechnerisch etwa die Hälfte der Einwohnerschaft des Kreises,¹³ existierten Karteikarten, die auch auf Akteneinträge hinweisen konnten. Die Informationsverarbeitung war in zahlreichen, umständlichen, wie bürokratischen Anleitungen und Formularen geregelt. Der Kreisdienststellenleiter, sein Stellvertreter, die Referatsleiter und auch die übergeordnete Bezirksverwaltung kontrollierten, ob diese Vorschriften eingehalten und die Arbeit effektiv durchgeführt wurden.

Die Kreisdienststelle Gransee des Jahres 1988 unterschied sich deutlich von den vorherrschenden Verhältnissen im Jahr 1958, 13 Jahre nach Ende des Krieges, vier Jahre nach Gründung des MfS und sechs Jahre nach Erhebung des Ortes zur Kreisstadt im Gefolge der großen DDR-Territorialverwaltungsreform.¹⁴ Damals war der Apparat mit nur sechs geheimpolizeilich tätigen Mitarbeitern nicht einmal halb so groß wie in den 1980er-Jahren. Die Mitarbeiterfluktuation war hoch, weil in Gransee, wie vermutlich in der Anfangszeit generell im MfS, das Personal unterqualifiziert war, in der Regel bestenfalls über Volksschulniveau verfügte und vorwiegend nach den Kriterien einer politischen Zuverlässigkeit und passenden Gesinnung rekrutiert wurde.¹⁵ Auch um den »moralische[n] Zustand« stand es ehemals nicht zum Besten, worunter gewöhnlich eine Mischung von mangelnder Arbeitsmoral sowie wenig förderlichen Trink- und Sexualgewohnheiten zu verstehen war. Eine gewisse Stabilisierung brachte erst ein Leiterwechsel mit sich.¹⁶

Die Kontrolleure aus Berlin, die die Kreisdienststelle 1958 prüften, waren vom Vorgefundenen wenig angetan. Die Arbeit schien ihnen zu gering strukturiert, wenig professionell und ineffektiv. Nicht nach Themenschwerpunkten war die Tätigkeit der Geheimpolizisten ausgerichtet, sondern nach regionalen Bereichen. Deren Zuschnitt orientierte sich an den territorialen Zuständigkeiten der ländlichen Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS). Vordergründig sollten die MTS vorzugsweise neu angesiedelte Klein- und Kollektivbauern mit landwirtschaftlicher Technik und technischen Leistungen versorgen. Sie dienten darüber hinaus unübersehbar der sozialen und politischen Kontrolle. Auch in der Region Gransee lief gerade der politisch forcierte Prozess der Kollektivierung bäuerlicher Einzelgehöfte zu genossenschaftlichen Betrieben. Selbst in Jubelschriften mussten hemmende »Vorurteile und Zwistigkeiten«¹⁷ gegen diese Maßnahme der SED

13 Die sogenannte VSH-Kartei der Kreisdienststelle enthielt ca. 22 500 Karten. Allerdings konnten hier auch Personen aus dem Westen oder anderen DDR-Regionen vermerkt werden. BV Pdm/AGK: Erhebungsprogramm, 2.4.1986; BStU, MfS, BVfS Potsdam, AKG Nr. 918, Bl. 53–65, hier 56.

14 Festschrift zur 700-Jahrfeier der Stadt Gransee, S. 81.

15 Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter, S. 180 ff., 185 ff.

16 MfS/AG AuK: Bericht, 24.7.1958; BStU, MfS, BVfS Potsdam, Allg S 9/60, Bd. 1, Bl. 80–96, hier 81.

17 Festschrift zur 700-Jahrfeier der Stadt Gransee, S. 83.

eingerräumt werden. Gegen solche Widerstände sollten die MTS das Bollwerk der Arbeiterklasse im ländlichen Raum darstellen und mehrere Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) und damit bis zu einem Dutzend Dörfer betreuen. Die Kreisdienststelle hatte ihre Arbeit auf diese Strukturen ausgerichtet. Für jede MTS, mit der das MfS eng zusammenarbeitete, war je ein Objektvorgang angelegt. Die stellvertretenden Politleiter der MTS waren regelhaft hauptamtliche Mitarbeiter der örtlichen MfS-Vertretung.¹⁸ Als regionale Einheiten sollten die MTS als Basis für die Gewinnung von inoffiziellen Mitarbeitern in den Dörfern dienen, damals Informatoren genannt.¹⁹ An solchen mangelte es Ende der 1950er-Jahre in Gransee. »Die vorhandenen Informatoren, die für die Abwehrarbeit in den Gemeinden und Dörfern eingesetzt sind, entsprechen in ihrer Qualität und Quantität noch nicht den gestellten Anforderungen.«²⁰ Insbesondere in den Kreisen der sogenannten Mittel- und Großbauern war das MfS nicht verankert und wusste nicht, »welche Stellung diese Kreise zur Bildung von LPG haben sowie überhaupt ihre Einstellung zur Arbeiter- und Bauernmacht war.«²¹

Wegen des territorialen Zuschnitts der Verantwortlichkeiten kümmerten sich die Mitarbeiter vorwiegend um MTS-Bereiche und Landwirtschaft und bearbeiteten alle anderen relevanten Themen nachrangig. Das führte in dem Kreis, der neben der Landwirtschaft auch für die Absicherung großer sowjetischer und NVA-Kasernen zuständig war, zur Vernachlässigung der Abwehraufgaben. Die Kontrolleure beklagten, dass bislang »kein operativer Mitarbeiter [für die Spionageabwehr] verantwortlich eingesetzt« worden sei, sondern diese nur im Rahmen der MTS-Objektvorgänge mit bearbeitet würde, da die Mitarbeiter der Kreisdienststelle anscheinend überwiegend auf ihre lokalen ländlichen Belange konzentriert seien. Manch ein Mitarbeiter hatte daher Informationen, die »nicht zu seinem Zuständigkeitsbereich gehört[en] und durch ihn nicht bearbeitet [wurden ...] nicht an die [dafür] zuständige Kreisdienststelle übergeben«. Daher seien ein Anfangsverdacht auf Spionage und das Problem vergifteter Schafe unbeachtet geblieben.²² Die Informationsbeschaffung, -verarbeitung und Informationsweitergabe sowie die Anleitung der Geheimdienstmitarbeiter wurden als unzureichend bewertet. Die Aufsicht aus der Bezirksverwaltung kümmerte sich nur teilweise um die Kreisdienststelle, und der Leiter der Kreisdienststelle war offenbar kein Freund von Aktenlektüre. Er ließ sich nur mündlich über den Stand von Ermittlungen berichten.²³

18 Teske: Staatssicherheit auf dem Dorfe, S. 24.

19 Ebenda, S. 97.

20 BV Pdm/AIG: Bericht, 24.7.1958; BStU, MfS, BVfS Potsdam, Allg S 9/60, Bd. 1, Bl. 80–96, hier 82 ff.

21 Ebenda.

22 Ebenda, Bl. 84.

23 Ebenda, Bl. 95.

Offenbar hatten die einzelnen Mitarbeiter vor allem ihren Bereich und ihre eigenen Fälle im Blick, es gab »keine Koordinierung unter den Mitarbeitern«. ²⁴ Sie arbeiteten keineswegs verdeckt, wie man das von einem Geheimdienst wie dem MfS erwartet hätte. Immer wieder wurde kritisiert, dass zu wenig mit inoffiziellen Mitarbeitern gearbeitet würde, zuweilen nur »offizielle Aussprachen mit anderen Personen« stattgefunden hätten. ²⁵ Statt im Geheimen zu arbeiten, befragten die MfS-Mitarbeiter, ähnlich wie die Kriminalpolizei, Verantwortliche und Zeugen. »Es gibt nur wenige Beispiele, wo eine wirklich gute Arbeit der [... Informanten] zu verzeichnen ist.« ²⁶ Die Kontrolleure führten die Mängel auf eine unzureichend professionelle Arbeitsweise ihrer Kollegen vor Ort zurück.

Allerdings wäre es falsch, aus dieser kritischen Betrachtung der vorgesetzten Instanz auf eine gänzliche Ineffektivität der KDfS Gransee Ende der 1950er-Jahre zu schließen. Gleichzeitig bescheinigten die Kontrolleure die Bearbeitung von acht Überprüfungsvorgängen mit fünf Verdachtsfällen auf Spionage oder die Beobachtung ehemaliger Mitglieder einer SS-Reiterstaffel, die eine Pferdegenossenschaft gegründet hatten. ²⁷ Schon im ersten Halbjahr 1958 wären in Zusammenarbeit mit der übergeordneten Bezirksverwaltung vier Festnahmen vorgenommen worden, zwei wegen eines Spionageverdachts, eine wegen vorgeblicher »Mordhetze« und eine wegen des Verdachtes staatsgefährdender Propaganda und Hetze. ²⁸

2.1.2 Die Entwicklung seit 1958

Auf den ersten Blick liegen die Unterschiede klar auf der Hand: Die Kreisdienststelle befand sich 1958 noch in der Aufbauphase. Wenig geschulte Mitarbeiter agierten eher wie ein Kriminalpolizeidezernat für besondere Delikte, das Fälle meist durch Befragung bearbeitete. Die interne Arbeitsteilung war gering ausgeprägt und vorrangig auf den gesellschaftlichen Umbruch auf dem Lande ausgerichtet. Demgegenüber zeigte sich die deutlich vergrößerte Kreisdienststelle Ende der 1980er-Jahre professioneller, denn die Mitarbeiter arbeiteten nach präzisen Vorgaben. Sie wurden stärker angeleitet und konnten auf eine größere, breiter gestreute Zahl von Informanten zurückgreifen. Für die streng geregelte Informationsverarbeitung stand ein eigener kleiner Stab zur Verfügung. Der Bericht von 1958 nennt noch keine separaten Auswerter.

Die Gegenüberstellung beantwortet eine Frage jedoch nicht, die nach einem Wachstum der Effizienz der Arbeit der Kreisdienststelle. Als Erstes fällt auf,

²⁴ Ebenda.

²⁵ Ebenda, Bl. 91 f.

²⁶ Ebenda, Bl. 93.

²⁷ Ebenda, Bl. 91 f.

²⁸ Ebenda, Bl. 82.

dass Festnahmen in den 1980er-Jahren nicht vermeldet werden. Das mag ein Indiz für Schwächen in der Überwachungsarbeit gewesen sein oder auch eine Folge der stärkeren Ausrichtung auf »vorbeugende«, präventive Methoden. So rühmte man sich, »durch gezielte operative Maßnahmen«²⁹ manche Straftat verhindert zu haben. Aber selbst die Zahl der Ermittlungsverfahren in Form der Untersuchungsvorgänge der Staatssicherheit war gering. Im Jahr 1988 gab es keinen, 1986 waren es vier Vorgänge. Davon waren zwei Vorgänge gegen Personen gerichtet, die die DDR bereits verlassen hatten, also nicht mehr greifbar waren.³⁰ Auch die Zahl der operativen Vorgänge (OV), die den Untersuchungsvorgängen oftmals vorgelagerten Bearbeitungen schwerer Verdachtsfälle, war, bei genauer Betrachtung, in den 1980er-Jahren nicht wesentlich gestiegen. Wurde 1958 ein operativer Vorgang geführt,³¹ sind die Werte in den 1970er- und 1980er-Jahren etwas höher. Jedoch erklären sich die Zahlen auch daraus, dass 1976 beispielsweise sieben Vorgänge offengehalten wurden, ohne wirkliche Erkenntnisfortschritte zu erzielen. Die Mehrzahl der operativen Vorgänge wurde wegen Nichtbestätigung des Verdachtes eingestellt.³² Trotz erheblichen Druckes vonseiten der Kontrolleure aus der Bezirksverwaltung erwies sich die Forderung nach deutlicher Steigerung der Vorgangsbearbeitung als illusionär. Im Jahr 1988 sollten sechs operative Vorgänge eröffnet werden. Angelegt wurde ein Vorgang, da die darüber hinaus vorliegenden Materialien »noch keine Vorgangsreife« zeigten.³³

Der statistisch bedeutsamste Anstieg der Leistung der Kreisdienststelle ist bei den Personenkontrollen und Personenüberprüfungen festzustellen. Sind für 1958 nur acht derartige Kontrollen belegt,³⁴ liegt die Zahl der formalisierten Personenkontrollen (OPK) ab 1973 bei über 20³⁵ und gegen Ende der DDR bei 25.³⁶ Noch stärker fällt eine Art der Personenüberprüfung ins Auge, die 1958 noch nicht existierte. Im Jahr 1988 wurden zu 1 170 Personen Ermittlungen durchge-

29 BV Pdm/AKG: Bericht, 13.12.1979; BStU, MfS, BVfS Potsdam, AKG Nr. 762, Bl. 2–18, hier 7.

30 BV Pdm/AKG: Hinweise zur KD Gransee, 7.1.1987; BStU, MfS, BVfS Potsdam, AKG Nr. 1054, Bl. 232–240, hier 232 sowie ebenda, Bl. 224–229, hier 228. BV Pdm/AKG: Hinweise zur KD Gransee, 11.4.1988; ebenda, Bl. 244–247, hier 244.

31 BV Pdm/AIG: Bericht, 24.7.1958; BStU, MfS, BVfS Potsdam, Allg S 9/60, Bd. 1, Bl. 80–96, hier 82.

32 BV Pdm/AKG: Kontrollbericht, 8.1.1979; BStU, MfS, BVfS Potsdam, AKG Nr. 240, Bl. 2–17, hier 8. Eine ähnliche Bilanz zeigt sich in der KD Nordhausen. Vgl. Labrenz-Weiß: KD Nordhausen, S. 170 ff.

33 BStU, MfS, BVfS Potsdam, AKG Nr. 1054, Bl. 244–247, hier 245.

34 BV Pdm/AIG: Bericht, 24.7.1958; BStU, MfS, BVfS Potsdam, Allg S 9/60, Bd. 1, Bl. 80–96.

35 BV Pdm/Ltg.: Vorlage über die Bestimmung der politisch-operativen Schwerpunkte der KD Gransee, 18.5.1973; BStU, MfS, BVfS Potsdam, BdL Nr. 240, Bl. 75–87, hier 76.

36 BV Pdm/AKG: Hinweise zur KD Gransee, 11.4.1988; BStU, MfS, BVfS Potsdam, AKG Nr. 1054, Bl. 244–247, hier 245.

führt.³⁷ Bezogen auf die Einwohnerzahl wären davon immerhin 3 Prozent aller Kreisbewohner im Jahr betroffen gewesen.³⁸ Diese Ermittlungen, die vor allem in Sicherheitsüberprüfungen und Überprüfungen von Reiseanträgen begründet lagen, stiegen in den Jahren zuvor drastisch, von 737 Ermittlungen im Jahr 1986³⁹ auf 1 003 Fälle im Jahr 1987.⁴⁰ Für die 1970er-Jahre ist keine derartige Statistik nachweisbar. Die Schwerpunkte der Tätigkeit des MfS hatten sich deutlich vom Bearbeiten traditioneller Vorgänge hin zu routinemäßigen Massenüberprüfungen verschoben. Anwachsen und Ausmaß derartiger Überprüfungen führten auch bei den MfS-Mitarbeitern in der Region zu Unzufriedenheit, da man »jeder Oma, die nach drüben wollte«⁴¹, nachspüren würde.

Die Arbeitsweise der Kreisdienststelle wich in den 1980er-Jahren deutlich von der des Jahres 1958 ab. Während man in den 1950er-Jahren Regionen und Objekte beobachtete, gegen Staatsfeinde ermittelte beziehungsweise gegen Personen, die man für solche hielt, wurden gegen Ende der DDR massenhaft Personen überprüft. Diese Aufgabe band einen nicht geringen Teil der personellen Kapazitäten der Staatssicherheit und zog die Einrichtung eines eigenen Arbeitsbereiches für Ermittlungen nach sich. In der KDfS Gransee waren gegen Ende der 1980er-Jahre zwei Mitarbeiter mit Ermittlungen betraut.⁴² Da diese mit den Sicherheitsüberprüfungen überlastet waren, mussten immer wieder andere Mitarbeiter, selbst ein Referatsleiter, als Verstärkung einspringen.⁴³ Einen nicht geringen Teil dieser Prüfungen leisteten inoffizielle Mitarbeiter, die als Führungs-IM (FIM) oder hauptamtliche IM (HIM) dafür bezahlt wurden, die erforderlichen Informationen zu beschaffen.⁴⁴ Der Effekt des Personalzuwachses an geheimpolizeilich arbeitenden Mitarbeitern in den 1980er-Jahren von 13 auf 16 wurde zum Teil dadurch zunichte gemacht, dass diese FIM oder HIM durch hauptamtliche Mitarbeiter ersetzt wurden.

Eine zweite zusätzliche Belastung erwuchs aus der Professionalisierung der Auswertung. Verfügte die Kreisdienststelle Gransee im Jahr 1973 nur über einen

37 BV Pdm/Abt. VIII: Bericht, 11.11.1988; BStU, MfS, BVfS Potsdam, Abt. VIII Nr. 345, Bl. 122–124.

38 Auch Westbürger und Bürger aus anderen Regionen konnten überprüft werden. Daher ist die faktische Prozentzahl niedriger. Da aber in der Regel ein Bezug zu einer Person im Kreis Gransee gegeben sein dürfte, ist diese Quote keine rein theoretische Zahl.

39 BV Pdm/Abt. VIII: Protokoll, 15.4.1986; BStU, MfS, BVfS Potsdam, Abt. VIII Nr. 345, Bl. 139–143.

40 BV Pdm/Abt. VIII: Bericht, 11.11.1988; ebenda, Bl. 122–124.

41 Aussage eines Mitarbeiters der KD Perleberg im Bez. Schwerin im Jahr 2006 in einem Interview von Gary Bruce. In: Bruce: Wir haben den Kontakt, S. 379, Fn. 59.

42 BV Pdm/Abt. VIII: Bericht, 2.5.1989; BStU, MfS, BVfS Potsdam, Abt. VIII Nr. 345, Bl. 117–120.

43 BV Pdm/Abt. VIII: Bericht, 11.11.1988; ebenda, Bl. 122 f., hier 122.

44 BV Pdm/Ltg.: Vorlage über die Bestimmung der politisch-operativen Schwerpunkte der KD Gransee, 18.5.1973; BStU, MfS, BVfS Potsdam, BdL Nr. 240, Bl. 75–87, hier 85 f.